Neue Freie Presse

Abendbl. 22./XII. 1917

Die Zukunft Afrikas.

Ein Vortrag des Kolonialstaatssekretärs Dr. Solf.

Berlin, 21. Dezember.

Der Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Doktor Solf, hielt heute vor einem nach Tausenden zählenden erlesenen Publikum einen Vortrag über die Zukunft Afrikas. Der Staatssekretär ging davon aus, daß in allen Lagern der Kriegführenden als letztes Kriegsziel die Erreichung eines dauerhaften Friedens bestehe, nur seien die Meinungen über den Weg zu diesem Ziel noch verschieden. Für Deutschland werde die Sicherstellung seiner kolonialen Zukunft dabei eine große Rolle spielen.

Die Wiederherstellung des Status quo ante in Afrika, fuhr Dr. Solf fort, kann zu einer Beruhigung der internationalen Beziehungen auf kolonialem Gebiet nicht führen. Der Status quo ante in Afrika bedeutet nicht eine Verteilung nach Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten, nicht eine Verteilung unter Berücksichtigung der Notwendigkeit und Fähigkeit der einzelnen Nationen zu kolonialer Betätigung, sondern beruht nur auf den Zufälligkeiten, die aus einer Jahrzehnte zurückliegenden, von anderen Voraussetzungen getragenen Kolonialgeschichte oder aus der Unternehmungslust einzelner tatkräftiger Männer entstanden sind. Diese Zufallsentwicklung hat dazu geführt, daß vor dem Krieg Portugal, Belgien und Frankreich in Afrika große koloniale Gebiete besaßen ohne die wirtschaftliche und kulturelle Expansivkraft und ohne den Bevölkerungszuwachs oder die finanzielle Leistungsfähigkeit, die Voraussetzung für die zukünftige koloniale Mitarbeit in Afrika sind. Auch England hat sich in Afrika Gebiete angeeignet, die bei Berücksichtigung seines ungeheuren Landbesitzes in anderen Erdteilen über sein wirtschaftliches Bedürfnis hinausgehen, während Deutschland, das infolge seiner Bevölkerungszunahme und industriellen Regsamkeit auf Kolonien angewiesen ist, auf erheblich kleinere, zerstreut liegende Besitzungen beschränkt blieb. Dieses Mißverhältnis muß ausgeglichen werden, wenn ein dauernder Frieden auf der Grundlage gerechter Zufriedenstellung erreicht werden soll.

Der Staatssekretär lehnte ein Selbstbestimmungsrecht der schwarzen Rasse oder eine Internationalisierung Afrikas ab und verlangte eine Neuverteilung nach den dargelegten Gesichtspunkten. Das Selbstbestimmungsrecht der schwarzen Rasse würde zu chaotischen Zuständen in Afrika führen. Der Staatssekretär nahm aber den in dem Worte „Selbstbestimmungsrecht" liegenden Gedanken in dem Sinne an, daß den Eingeborenen ein „Selbstzweckrecht" zuzugestehen ist, daß sie nicht nur Mittel, sondern Selbstzweck der kolonialen Betätigung sein müssen.

Von den heute in England am Ruder stehenden Knockout-Politikern allerdings kann eine Verständigung auf der dargelegten, gerechten Grundlage nicht erwartet werden. Diese Knockout-Politiker haben an Stelle der alten, bewährten englischen Kolonialmethoden ein System der Eingeborenenverhetzung und Mißhandlung, der Vergewaltigung des freien Handels, der Herabsetzung der weißen Rasse vor den Schwarzen und der Militarisierung Afrikas gesetzt, das für die weitere Entwicklung Afrikas verhängnisvoll sein muß. Wir haben eine Abstimmung der Schwarzen in unseren afrikanischen Kolonien nicht so zu scheuen wie die Engländer in Ceylon, Ostindien und Singapore, wo während des Krieges ein furchtbares Blutregiment an der Arbeit war. Die zukünftige Zusammenarbeit in Afrika muß zurückgreifen auf die in der Berliner Kongoakte niedergelegten Grundsätze der Handels- und Schiffahrtsfreiheit, der Bekämpfung des Sklavenhandels und der Neutralisierung Afrikas. Wenn diese Grundsätze im Kriege zusammengebrochen sind, so ist die Schuld daran nur auf der Gegenseite, in erster Linie bei England, zu suchen. Solange die jetzige Gesinnung in England aber anhält, bleibt die Hoffnung auf einen gemeinsamen Aufbau der kolonialen Zukunft eine Utopie.